

# Blickpunkt Europa

## Europapolitisches Magazin

Ausgabe 33 | November 2021



Fraktion der Progressiven Allianz der  
**Sozialdemokraten**  
im Europäischen Parlament

Liebe Leserin, lieber Leser,



während weltweit Corona weiter unser Leben beeinflusst und um richtige auch präventive Strategien gegen immer neue Wellen gerungen wird, gibt es Staaten, die auf

vielfältige Weise demokratische Prinzipien ignorieren und massiv gegen unsere Europäischen Grundwerte verstoßen.

So erläutere ich in dieser Ausgabe meines Infomagazins, was hinter dem Begriff SLAPP steht und welche Strategien ich gemeinsam mit meiner Sozialdemokratischen Fraktion fordere, um dem gegen Medien, Nichtregierungsorganisationen und die Zivilgesellschaft gerichteten Macht- und Ressourcenmissbrauch durch „die Stärkeren“ entgegenzuwirken.

Und wie immer präsentiere ich einige Termine und Gespräche, die in den vergangenen Wochen möglich waren. Über Themen, die im Rahmen der Delegationsreise meiner Fraktion auf Malta – an der ich ebenfalls teilnahm – im Mittelpunkt standen, berichte ich gesondert.

Ebenso gewähre ich einen kleinen Einblick in meine diesjährige interne Büroklatur und stelle mein aktuelles Team aus den Büros vor.

**Ich wünsche wie immer eine spannende Lektüre!**

Herzliche Grüße, Ihre

## Macht, Medien, Missbrauch? Wie wir durch ein Anti-SLAPP Gesetz die Presse- und Informationsfreiheit in der EU schützen müssen

Die Unabhängigkeit der Medien in Europa ist zunehmend bedroht. Neben der Kürzung von Geldern für unabhängige Medien, den Journalismus und die Zivilgesellschaft oder sogar auch verbale und körperliche Angriffe auf Journalist:innen versuchen Staaten wie Polen und Ungarn mit sogenannten SLAPPs die Presse- und Informationsfreiheit einzuschränken. SLAPP steht für „Strategic Lawsuits against Public Participation“. Es handelt sich hierbei um strategische Klagen, die Kritiker:innen zum Schweigen bringen sollen. Betroffen sind insbesondere Menschenrechtler:innen oder Umweltschützer:innen. SLAPPs untergraben damit unsere gemeinsamen EU-Werte, wie die Rechtsstaatlichkeit, das Recht auf Meinungsäußerung, die Freiheiten der Presse, Information und Vereinigung.

Ein klarer Missbrauch unseres Rechtssystems! Denn nur durch eine unabhängige Berichterstattung und kritische Auseinandersetzung können Missstände überhaupt erst aufgedeckt werden. Besonders problematisch: Häufig existiert ein Ungleichgewicht von Macht und Ressourcen zwischen Kläger:innen und Angeklagten, da SLAPPs aus dem Staatshaushalt finanziert und meist in Kombination mit anderen staatlichen autoritären Maßnahmen eingesetzt werden. Bisher hat jedoch kein Mitgliedstaat gezielte Gesetze gegen SLAPPs erlassen.

Als Europaabgeordnete fordere ich den Schutz der Medien, Nichtregierungsorganisationen und Zivilgesellschaft vor solchen missbräuchlichen Klagen. Daher setze ich mich gemeinsam mit



den Sozialdemokrat:innen im Europäischen Parlament für ein Anti-SLAPP-Gesetz ein. In einem im November angenommenen Initiativ-Bericht fordern wir als Europäisches Parlament die Kommission auf, bewährte Praktiken zu analysieren, die derzeit außerhalb der EU angewandt werden, und ein Maßnahmenpaket vorzulegen, das konkrete und umsetzbare Legislativvorschläge umfasst. Die Europäische Kommission muss eine EU-Richtlinie zur Festlegung von Mindeststandards vorlegen, die die Opfer schützt und gleichzeitig den Missbrauch von Anti-SLAPP-Maßnahmen verhindert und sanktioniert.

In meinem Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) sowie im Rechtsausschuss (JURI) hat insbesondere mein Kollege und Mitberichterstatler Tiemo Wölken an dem Initiativbericht mitgearbeitet.

Zunächst muss europaweit klar definiert sein, was SLAPPs sind. Dadurch wird berücksichtigt, ob die beklagte Kritik von öffentlichem Interesse ist und ob eine solche Klage juristisch Substanz hat, oder ob die Klage frühzeitig abgewiesen werden kann. Dies muss auf Grundlage objektiver Kriterien geschehen: Dazu gehören beispielsweise die Anzahl und Art der vom Kläger eingereichten Klagen oder Verfahren, die Wahl des Gerichtsstands und des Rechts oder das Vorliegen eines eindeutigen und belastenden Machtungleichgewichts. Der sogenannte „Verleumdungstourismus“, also die Praxis die Gerichtsbarkeit eines anderen Staates auszunutzen, weil eine höhere Wahrscheinlichkeit vorteilhafter Urteile besteht, muss durch einheitliche Regeln verhindert werden.

Mit Blick auf das Recht auf ein faires Verfahren muss festgelegt werden, dass Fälle von den Gerichten des Wohnsitzes des Angeklagten entschieden werden sollten. Wenn der Kläger nicht begründen

kann, warum sein Vorgehen nicht missbräuchlich ist, muss die Klage sanktioniert werden. Daneben brauchen wir Schutzmaßnahmen gegen kombinierte SLAPPs, d.h. solche, die strafrechtliche und zivilrechtliche Anklagen kombinieren.

Schließlich müssen wir wichtige nichtlegislative Maßnahmen schaffen, um die Opfer zu unterstützen. Dazu soll für die Opfer von missbräuchlichen Klagen ein EU-Fond für die juristische Unterstützung eingerichtet werden. Daneben brauchen sie psychologische Betreuung und praktische Beratung durch eine zentrale Anlaufstelle.

Dass der Initiativ-Bericht im November von einer großen Mehrheit angenommen wurde, ist ein erstes wichtiges Zeichen. Journalist:innen und NGOs unterstützen diesen Bericht, jetzt müssen wir sie durch einen ehrgeizigen Rechtsrahmen unterstützen. Es ist an der Europäischen Kommission zu handeln. Denn eines ist klar: Es muss Schluss sein mit SLAPPs!

## Teamaufstellung



Anja Wyrobek, Misachi Josef Ogawa, Birgit Sippel, Sarah-Maria Hartmann, Lara Sosa Popović (v. l.)



Digitale Team-Besprechung während der Büroklausur 2021

Dass Teamarbeit die Grundlage für Erfolg ist, ist längst eine allgemein bekannte Wahrheit. Ebenso auch die Erkenntnis, dass ein gut funktionierendes Team in der Regel durch mehr als „nur Arbeit“ entsteht.

Im November habe ich daher die Mitarbeiter:innen meiner beiden Büros – Brüssel wie Soest – zu einer Büroklausur „zusammengetrommelt“. Das Treffen fand teils in Präsenz und teils virtuell statt. Es gab viel zu besprechen: von der aktuellen allgemeinen Lage über Büro-Organisation bis zu den jeweiligen Fachkompetenzen.

Da es in diesem Jahr personelle Veränderungen in beiden Büros gab, stand das persönliche Kennenlernen des kompletten Teams ganz oben auf der Agenda – sowohl im professionell-dienstlichen wie auch im lockeren freizeitlichen Format.

Eine detaillierte Beschreibung der jeweiligen Zuständigkeiten meiner Mitarbeiter:innen ist auf meiner Homepage [birgitsippel.de](http://birgitsippel.de) unter Service / Mein Team zu finden.

# Besuch der neuen EU-Asylagentur auf Malta – Erster Schritt zu echter Solidarität



Nach jahrelangen Verhandlungen wird das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) durch ein neues Mandat zu einer unabhängigen EU-Agentur mit zusätzlichem Personal und erweiterten Kompetenzen werden. Dazu gab es im Sommer eine Einigung und im November haben wir diese, federführend vorangetrieben von meiner sozialdemokratischen S&D-Fraktion, im Plenum verabschiedet.

Diese lange überfällige Aufwertung zeigt, dass eine Reform des EU-Asylsystems möglich ist, sofern sich die Mitgliedstaaten mehrheitlich auf eine Position einigen können. Das begrüße ich, denn nach langer Blockade wurde im Rat bei der Asylagentur endlich einmal eine Mehrheitsabstimmung forciert, statt wie sonst üblich auf Einstimmigkeit zu bestehen.

Eigentlich werden zum Migrationsbereich im Rat Entscheidungen per Mehrheit getroffen. Seit 2016 werden Entscheidungen aber beinahe ausschließlich per Einstimmigkeit getroffen. Oder auch nicht, denn Einstimmigkeit gibt Mitgliedstaaten wie Ungarn, Polen oder Tschechien ein Vetorecht.

Das macht eine solidarische Asylreform faktisch unmöglich, denn diese Mitgliedstaaten lehnen Solidarität im Migrationsbereich kategorisch ab, obwohl diese in den EU-Verträgen festgelegt ist. Dabei nehmen sie sogar Rechtsbruch in Kauf, wie der Europäische Gerichtshof 2020 festgestellt hat. Auch gegen die neue Asylagentur hatten sie, zusammen mit der Slowakei, gestimmt. Dass es durch eine Mehrheitsentscheidung doch zu einer

Einigung kam ist deshalb ein positives Signal und ein erster Schritt zu echter Solidarität.

Die zukünftige Agentur wird ihren Sitz weiterhin in Malta haben. Ende September war ich vor Ort, weil meine sozialdemokratische Fraktion dort eine mehrtägige Fraktionsklausur abgehalten hat. Neben den inhaltlichen Debatten mit den Fraktionskolleginnen und -kollegen und einem Austausch mit dem maltesischen Premierminister Robert Abela von der Labour-Partei war für mich deshalb früh klar, dass ich mir auch ein eigenes Bild der Agentur machen wollte.

Ich habe mich deshalb gefreut, dass die EASO-Direktorin Nina Gregori eine Delegation von S&D-Abgeordneten empfangen hat. Wir konnten über die Herausforderungen und Chancen sprechen, die sich durch die Aufwertung des Unterstützungsbüros in eine Agentur ergeben. Denn dass es für Agenturen nicht immer einfach ist, neue Mandate umzusetzen, sehen wir seit Längerem sehr eindrücklich bei der europäischen Agentur für Grenz- und Küstenwache Frontex.

Doch nach dem Gespräch mit Direktorin Gregori bin ich zuversichtlich, dass die neue Agentur ihre Aufgaben schnell wahrnehmen kann. Zu ihren wichtigsten Aufgaben wird gehören, die Um-

siedlung und Neuansiedlung von Personen zu unterstützen, die internationalen Schutz beantragen oder bekommen. Angesichts der zunehmenden Vorwürfe von Menschenrechtsverletzungen an unseren EU-Außengrenzen ist dies dringender denn je.

Die Agentur wird außerdem schnell Verbindungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter in den Mitgliedstaaten positionieren, um die Mitgliedstaaten besser bei den Asylverfahren zu unterstützen. Bereits in diesem Jahr hat EASO in sieben Mitgliedstaaten bei der Registrierung von mehr als 16,000 Asylanträgen geholfen und über 9,000 Empfehlungen für Asylbescheide ausgesprochen.

Zusammen mit meiner Fraktionsvorsitzenden Iratxe Garcia Pérez habe ich mir außerdem einen Eindruck von den Aufnahmeeinrichtungen in Malta gemacht und jeweils eine Unterkunft für alleinstehende Männer, für Minderjährige und Familien besucht. Die Verantwortlichen vor Ort haben uns eindrücklich geschildert, vor welchen Herausforderungen Malta als sehr kleiner Mitgliedstaat steht, in dem dennoch vergleichsweise viele Menschen ankommen.

Dies hat nur nochmal die Dringlichkeit unterstrichen, dass wir in der EU die Erst-einreiseländer unterstützen müssen. Insbesondere gilt das natürlich bei der gerechten Verteilung der Zuständigkeiten für Asylanträge und der damit verbundenen Unterbringung und Integration von schutzsuchenden Menschen. Dafür wird sich meine Fraktion deshalb auch in den anstehenden Verhandlungen des Asyl- und Migrationspaketes im Europäischen Parlament einsetzen.



# Termine vor Ort in NRW



Neuer Vorstand der AsF im Westlichen Westfalen 2021 – 2023

Der Start in die parlamentarische Sommerpause 2021 begann für mich mit einem sehr schönen Termin. Die Stadt Hagen organisierte auch dieses Jahr einen EU-Azubi-Gipfel unter dem Motto „Phantastic Plastic? Eine Taktik für das Plastik“. Nach einem Planspiel und virtueller Führung durch das Europäische Parlament habe ich mich den Fragen der Auszubildenden der Stadt Hagen zu meinem Werdegang, meiner Arbeit als sozialdemokratische Europaabgeordnete sowie zu vielen europäischen Themen gestellt. Zu einem weiteren Gespräch in Hagen lud mich die dortige SIHK (Südwestfälische Industrie- und Handelskammer), um Informationen zu den EU-Beihilfeleitlinien im Energiebereich auszutauschen.

Die sommerliche Entspannung der Pandemie-Lage haben die Parteigliederungen nicht nur für parteipolitische Arbeit genutzt, sondern auch um Bindungen zu Gleichgesinnten wie auch zu Bürgerinnen

und Bürgern vor Ort zu festigen. So hatte ich die Gelegenheit dem Sommerfest des Ortsvereins Müschede wie auch der Feier anlässlich des 60-jährigen Jubiläums des SPD-Ortsvereins Bruchhausen im Hochsauerlandkreis in geselligen Runden beizuwohnen.

Während der Regionalkonferenz der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen im Westlichen

Westfalen (Foto oben) sprach ich zum Thema „(Frauen-)Rechte in Europa – wie geht es weiter?“.

Mit großer Freude übernahm ich auch die schöne Aufgabe der Ehrungen langjähriger Kämpferinnen und Kämpfer für die Sozialdemokratie bei den Mitgliederversammlungen der Ortsvereine Neunkirchen im Siegerland sowie Anröchte im Kreis Soest (Foto unten).



Jubilaren-Ehrungen des Ortsvereins Anröchte

## Impressum

**Verantwortlich:** Birgit Sippel MdEP · Ulricherstraße 26 · 59494 Soest  
Telefon: 02921 599 1750 · europa@birgit-sippel.de · www.birgitsippel.de  
www.facebook.com/BirgitSippel · www.twitter.com/BirgitSippelMEP

**Redaktion:** Birgit Sippel MdEP / S&D-Fraktion im EP

**Satz:** ensemble»design, Soest

**Fotos:** Birgit Sippel MdEP · © photokozyr – adobestock.de · © Bettina Schwab-Losbrodt  
© Dirk Wienecke · © Europäisches Parlament 2021

